

Calmer Tagblatt

Nr. 266

Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 5mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Zeile 10 Goldpfennige, Familienanzeigen 8 G. Pf. Reklamen 30 G. Pf. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100 %. Dienstag, Den 13. November 1923. Bezugspreis: In der Stadt mit Frägerlohn 800000000 M. wöchentlich. Postbezugspreis 800000000 M. ohne Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

In München finden noch dauernd Kundgebungen von Anhängern der Nationalsozialisten statt, die Schutzpolizei ist jedoch Herr der Lage. Hitler ist nun doch in einer Villa am Staffelsee verhaftet worden.

Nachdem Poincaré die Bildung eines Sachverständigenausschusses zur Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands nach den Vorschlägen Amerikas abgelehnt und die amerikanische Regierung sich daraufhin zurückgezogen hat, ist er nun selbst mit einem Antrag an die Alliierten herantreten, einen solchen Ausschuss zu bestellen, der allerdings nur aus Vertretern der Länder bestehen darf, die im Reparationsauschuss vertreten sind. Auch wird verlangt, daß an den abgehandelten und bevorstehenden Abmachungen mit den Ruhrindustriellen sowie mit der deutschen Eisenbahn nichts geändert werden dürfe. Wie man sich übrigens die aus diesen Verhandlungen zu erwartenden Beschlüsse vorstellen muß, das geht aus dem Bericht hervor, wie man sich in Belgien die Wiederaufnahme der deutschen Leistungen und die Kontrolle Deutschlands denkt.

Inzwischen lehnt Frankreich seine Vergewaltigungspolitik fort. Der erneute Putz in der Pfalz wird ganz offen durch französische Militär unterstützt.

Der Hitlerputsch.

Wenn man vom nationalsozialistischen Standpunkt aus das Hitlerische Unternehmen betrachtet, so waren für die Führer des Putsches folgende Überlegungen gegeben: Der Putsch wird von Bayern aus organisiert, die dortige Reichswehr und Schutzpolizei schließen sich der Bewegung an, die dann nach den Einzelstaaten weitergetragen wird. Für den Fall des rein militärischen Gelingens des Putsches mußte man, abgesehen von den Fragen der Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und der Ernährung der Bevölkerung darüber Klarheit zu gewinnen suchen, welche Stellung die Entente zu einer ungeklärten Rechts- und Militärdiktatur nehmen würde, und das umso mehr, da die Nationalsozialisten wie überhaupt die rechtsradikalen Kampfverbände als letztes Ziel offen die Befreiung des Rheinlandes auf ihr Programm geschrieben hatten. Es wäre also weiterhin mit einer kriegerischen Auseinandersetzung vorerst mit Frankreich und seinen Vasallen, der Tschechoslowakei, Rumänien, Südslawien und Polen, zu rechnen gewesen, die sich schon bereit gemacht hatten, in Deutschland einzumarschieren. Ob man mit dieser Möglichkeit gerechnet hatte, — und an dem Vorgehen der Entente in Ungarn und Bulgarien hatte man Beispiele hierfür — darüber sind nur unkontrollierbare Gerüchte im Umgang, es ist aber gar nicht ausgeschlossen, daß auch die Rechtsradikalen von der Illusion befallen waren, die Entente würde ruhig dieser Entwicklung zusehen, weil nämlich sicherlich Ententeagenten genug in diesem Sinne auf die Führer der Rechtsradikalen eingewirkt hatten, um ein Vorschlagen zu begünstigen, und damit das gewünschte Chaos in Deutschland vollends herbeizuführen. Das ist doch der sehnlichste Wunsch Frankreichs und zweifellos auch der andern Alliierten, daß die Deutschen die einzige reale Macht, auf deren praktische Auswirkung sie noch ihre Hoffnung wenigstens für die Zukunft aufbauen können, selber vollends zertrümmern, indem sie sich durch einen Bürgerkrieg entzweien, und damit zur absoluten Ohnmacht verdammen. An einen Krieg ohne Bundesgenossen mit dem schwer gelisteten Frankreich und seinen Hilfsvölkern konnte doch im gegenwärtigen Zeitpunkt ein vernünftiger Mensch nicht denken, und damit war für die Putschisten die einzige Rechtfertigung, die sie für ihr Vorgehen geltend hätten machen können, in Wegfall gekommen. Wer noch einen Funken deutschen Empfindens in sich hat, der kann unserer Jugend ihren unstillbaren Drang nach Befreiung unseres Vaterlandes aus dem Sklavenjoch des Versailler Friedens nachfühlen, es ist aber gefährlich, wenn sie von Phantasten geführt wird, die nur dem Herz und dem ungefühnten Willen Gehör schenken, und die Mahnungen des Verstandes, der beide — wie im alltäglichen, so auch im politischen Leben — zu kontrollieren bestimmt ist, unbeachtet lassen. Adolf Hitler, wenn wir recht unterrichtet sind, früher Dekorateur oder etwas ähnliches, war im Kriege verkrüppelt worden, erblindete, und erlangte plötzlich seine Sehkraft wieder. Dieß für sein zweifelloses impulsives Annenleben „wunderbare“

Vorgang, der übrigens verschiedentlich nach dem Kriege bei durch Nervenschütterungen Erblindeten zu beobachten war, brachte ihm die „Erleuchtung“, daß er dazu bestimmt sei, sein Vaterland zu retten. Seine starken Fähigkeiten, auf das Gefühl zu wirken, taten das ihre, und so wußte Hitler namentlich die atademische Jugend, die begreiflicherweise die Romantik des Heldentums dem „Wenn und Aber“ des Verstandes vorzog, mit seiner glänzenden Rhetorik zu bezaubern — im wahrsten Sinne des Wortes. Welche gewaltigen Leistungen hätte unsere atademische Jugend als Vorbild für die Jugend unseres gesamten Volkes vollbringen können, wenn sie ihr in praktischer, vorbildlicher Wirksamkeit auf allen Gebieten nationalen Empfindens, der Übung des Pflichtgefühls, des Fleißes, des sittlichen und gesellschaftlichen Anstandes vorangegangen wäre, und so den so notwendigen Gemeinschaftsgedanken in unsere junge Generation getragen hätte. Auf diese Weise hätte man den Ausartungen des „Marxismus“ — das Wort wird gerade so als Schlagwort mißbraucht wie der „Nationalismus“ — sicherlich rascher zu Leibe rücken können als mit haherfüllten Reden, die nach alten Erfahrungen niemals dem Aufbau dienen, sondern nur zerstörend wirken. Und wenn man auf die Methoden der Linksradikalen hinweist, so antworten wir: Auf der andern Seite ist die bessere Bildung, die größere Intelligenz, sie sollten andere Mittel finden, das Volk auf den Weg der sittlichen und nationalen Erneuerung zu bringen. Herr v. Kahr hat in seinem Manifest bis zu gewissem Grade recht, wenn er sagt, „der Grund, der den Fehlschlag des Marxismus in der angelsächsischen Welt und seinen Sieg in Deutschland herbeigeführt habe, sei der, daß die bürgerliche Führerschaft in der angelsächsischen Welt sich in der Massenführung den marxistischen Führern überlegen gezeigt habe, während die Führerschaft in Deutschland ihnen unterlegen sei.“ Herr v. Kahr hat nur vergessen, den Grund anzugeben, warum das Bürgertum in Deutschland der Arbeiterbewegung im großen Ganzen machtlos gegenüber stand: Weil es aus den Wirkungen unserer feudalistisch-bürokratischen Klassen-erziehung heraus sich erstens um Politik gar nicht kümmerte, und zweitens die Arbeiterfrage als etwas betrachtete, über das man in Gesellschaft so wenig sprechen durfte wie mit einer Frau über ihr Alter. In den angelsächsischen Staaten aber bildete die Erziehung zum Staatsbürgerium das wirksamste Mittel, den Arbeiter überhaupt vom Internationalismus fernzuhalten, weil er sich dort — trotz vielfach weniger sicherer sozialer Position — als gleichberechtigter Volksgenosse fühlen konnte. Solange bei uns nicht diese rein volkspolysischen Erfahrungstatsachen in allen Parteien Eingang gefunden haben, solange kommen wir nicht zum notwendigen Staatsgedanken, der alle Schichten des Volkes als erster Grundgesetz nationalen Lebens befehlen sollte. Wird dieser Staatsgedanke nicht endlich lebendige Gewißheit im deutschen Volke, — auch der bayrische Partikularismus mit seinen ausgesprochen konfessionellen Bestrebungen muß auf die kulturell berechnete Grenze zurückgeschraubt werden — so gehen wir unbedingt als deutscher Staat zugrunde, denn der wiederholte Zusammenbruch der angelsächsischen Konferenzkomödie, und das Vorgehen Italiens in Südtirol sollte uns doch zeigen, daß nur der eiserne Wille nationaler Selbsterhaltung uns vor der Vernichtung noch retten kann. Frankreich wird sicher, wenn es immer noch hoffen kann, daß wir uns im Innern selbst verfleischen, seine bisherigen Methoden in den besetzten Gebieten fortsetzen, namentlich, da es wieder freie Hand erhalten hat durch den Rückzug Amerikas.

Hitler verhaftet.

München, 13. Nov. Wie die „Bayrische Staatszeitung“ amtlich mitteilt, bestigt es sich, daß der Führer der Nationalsozialisten, Hitler, am Sonntag abend in einer Villa in Uffing am Staffelsee verhaftet worden ist. — Wie hierzu zu erfahren war, erfolgte die Verhaftung durch Landespolizei in der Villa Hansjengel. Sodann wurde Hitler im Auto unter Bewachung von Uffing abtransportiert. Er hatte nur eine Prellung an der Schulter.

Weitere Kundgebungen der Nationalsozialisten.

Berlin, 13. Nov. Nach einer Meldung des „Vorwärts“ aus München fand gestern mittag an der dortigen Universität eine Studentendemonstration statt, in der die Stimmung noch erregter war als am Sonntag. Die beiden Rektoren der Universität und der Technischen Hochschule, sowie zwei Professoren verhielten sich vergeblich auf die Stu-

denten beruhigend einzuwirken. Als erster Redner sprach Kapitän Ehrhardt (!), der erklärte, er stelle sich an die Spitze der nationalen Revolution und bitte die vaterländischen Verbände, sich ihm anzuschließen. Hinter ihm ständen bereits außer seiner eigenen Organisation der Bund Oberland und der Magaren. Die große Mehrheit der Versammlung schloß sich ihm an. Schließlich zog die Versammlung auf die Straße und versuchte einen Demonstrationzug zu bilden, der aber sofort durch Reichswehr auseinandergetrieben wurde. Daraufhin erfolgte die Schließung der Universität auf 3 Tage. — Einer weiteren Meldung des Blattes aus München zufolge hat das bayrische Staatsministerium den Generallandschaftskommissar ermächtigt, Vergehen gegen seine Verfügungen durch bestehende oder einzuführende Sondergerichte beurteilen zu lassen. — Ein eigener Drahtbericht des „Vorwärts“ meldet aus Dresden, daß in Hof am Sonnabend eine Demonstration von etwa 2000 Nationalsozialisten und Mitgliedern des Bundes Oberland stattgefunden habe. Plakate mit den Ansprüchen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und des Bundes Oberland wurden an den Plakatstelen abgerissen.

Eine Erklärung Ludendorffs.

Berlin, 13. Nov. General Ludendorff veröffentlicht in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ eine Erklärung, daß er eine ehrenwörtliche Verpflichtung am Freitag nach dem Blutbad vor der Residenz nicht in dem Sinne abgegeben habe, als ob er an der weiteren Teilnahme an der völkischen Bewegung verzichtete. Er halte die völkische Bewegung für allein befähigt, eine wirkliche Genesung Deutschlands und des deutschen Volkes herbeizuführen und werde sich ihr weiter widmen. Seine ehrenwörtliche Verpflichtung beziehe sich auf seinen Aufenthalt in München und auf die Enthaltung an einer staatsfeindlichen Handlung gegen die verfassungsmäßige Regierung während der Untersuchung. Diese Verpflichtung habe er als Ehrenmann ohne Hintergedanken übernommen.

Eine neue Phase der französischen Reparationspolitik.

Poincaré beantragt die Bildung eines Sachverständigenausschusses.

Paris, 12. Nov. Ministerpräsident Poincaré hat sich entschlossen, den Plan der Einsetzung eines Sachverständigenausschusses auf sein Konto zu übernehmen. Er hat infolgedessen den französischen Delegierten, Louis Barthou, beauftragt, morgen Dienstag der Reparationskommission vorzuschlagen, ein Sachverständigenkomitee zu ernennen. Dieses Sachverständigenkomitee soll sich aus den Vertretern der Länder zusammensetzen, die im Reparationsauschuss vertreten sind.

Poincaré lehnt Verhandlungen mit Deutschland nicht ab.

Paris, 13. Nov. In einer Mitteilung des diplomatischen Mitarbeiters der Havasagentur, der eine Umfrage in den beteiligten Kreisen angestellt hat, heißt es, der französische Ministerpräsident weigere sich keineswegs, mit Deutschland in Verhandlungen einzutreten, heute, wo der passive Widerstand aufgehoben sei und vorläufige Verfehlungen, die wegen der Sachlieferungen festgestellt wurden, verschwunden seien, dank der unmittelbaren Abmachungen mit den deutschen Industriellen.

Die Reparationskommission will die deutsche Zahlungsfähigkeit selbst prüfen.

Paris, 12. Nov. In einer vom „Temps“ veröffentlichten, anscheinend offiziellen Note wird unter Berufung auf den Mißerfolg der französisch-amerikanischen Verhandlungen über den Sachverständigenausschuss erklärt, daß die Reparationskommission in ihrer gewohnten Dienstagssitzung möglicherweise den Abbruch dieser Verhandlungen feststellen und in die Erörterung der Antwort auf die deutsche Note vom 24. Oktober eintreten werde, in der auf Grund von Art. 234 des Versailler Vertrages ersucht wurde, Vertretern der deutschen Regierung Gelegenheit zu geben,

im einzelnen den gegenwärtigen Stand der deutschen Hilfsquellen und der deutschen Leistungsfähigkeit auseinandersehen und Mitteilnahme von den Maßnahmen der deutschen Regierung zur Sanierung des Budgets und zur Stabilisierung der Währung zu machen. Der Brüsseler Korrespondent des „Temps“ meldet, in gewissen autorisierten belgischen Kreisen sei man der Meinung, daß die Reparationskommission unverzüglich in die Verhandlungen über die deutsche Note vom 24. Oktober eintreten und bei dieser Gelegenheit selbst eine Enquete über die gegenwärtige deutsche Wirtschaftslage vorlegen solle. Man stehe in Brüssel auf dem Standpunkt, daß selbst, wenn Deutschland gewisse augenblickliche Erleichterungen gewährt würden, das Reich nichtsdestoweniger Sachlieferungen (Kohlen, Farbstoffe und Holz) leisten müsse, die sich ohne Schwierigkeiten verstärken ließen. Ferner müsse es bei den im Ruhrgebiet geschlossenen Abkommen bleiben. Dieses System müsse verallgemeinert werden derart, daß es als Garantie der Sachlieferungen wirke. Außerdem müßten die Lieferungen aus dem Bemelman'schen Abkommen, dem Gillet-Rupel'schen Abkommen usw. wieder aufgenommen werden. Aber auch das würde noch nicht genügen. Es seien Deutschland, so erkläre man in Brüssel, auch Maßnahmen zur allmählichen aber raschen Sanierung seiner Wirtschaft und seiner Währung aufzuzwingen. In Brüssel verlange man, der Berliner Regierung nicht die ganze Initiative zu überlassen. Die Reparationskommission, die die augenblickliche Wirtschaftslage Deutschlands prüfen werde, könne vielleicht Maßnahmen anempfehlen, die sie für zweckmäßig halte, und auch die notwendigen Druckmittel aufbringen, die übrigens bis zur Kontrolle der Zolleinnahmen im Hafen von Hamburg gehen könnten, die man nach der Behauptung gewisser Leute in verschiedenen englischen (!) Kreisen ins Auge fasse.

Das Wiederaufbauprogramm Frankreichs.

Paris, 13. Nov. Die Finanzverwaltung hat dem Parlament einen Gesetzentwurf über das Wiederaufbaubudget für 1924 zugestellt. Die Finanzverwaltung erklärt, die völlige Wiederherstellung der befreiten Gebiete auf der Grundlage dieses Budgets in 3 Jahren durchführen zu können, sodaß bis Ende 1926 die zerstörten Gebiete völlig wieder hergestellt sein würden. — Wenn der Wiederaufbau nicht planmäßig sabotiert worden wäre, wäre er schon heute beendet.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen über das Ruhrgebiet.

Paris, 12. Nov. Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf sind die Verhandlungen mit der rheinisch-westfälischen Industrie heute Vormittag am Sitz der Ingenieurkommission wieder aufgenommen worden.

Ein Vorabkommen über die Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs im besetzten Gebiet.

Berlin, 12. Nov. Die Besprechungen zwischen der deutschen Reichsbahn und der französisch-belgischen Eisenbahnregie, die in den letzten Tagen in Düsseldorf geführt wurden, haben gestern zu einem Vorabkommen geführt, das die Möglichkeit einer Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs im besetzten Rhein- und Ruhrgebiet bieten soll. Einzelheiten der Durchführung sollen in weiteren Verhandlungen in Mainz festgesetzt werden, die sofort eingeleitet worden sind.

Die britische Reichskonferenz zur Reparationsfrage.

London, 12. Nov. In der gestern veröffentlichten amtlichen Uebersicht über die am Freitag beendete Tagung der britischen Reichskonferenz heißt es, die Erörterung des Reparationsproblems betreffend, die Konferenz sei nach sorgfältiger Erwägung zu der Ansicht gekommen, daß die europäische Lage nur entwirrt werden könne, wenn die Vereinigten Staaten daran mitarbeiten und daß das Scheitern des Planes einer gemeinsamen Untersuchung, auf die eine gemeinsame Aktion zu folgen hätte, sowohl einem dauernden Frieden, wie einer wirtschaftlichen Erholung der Welt abträglich sein würde. Die Konferenz sei der Ansicht, daß in einem solchen Falle die britische Regierung sehr sorgfältig die Alternative erwägen müsse, selbst eine Konferenz einzuberufen und das wirtschaftliche und finanzielle Problem in seinen weitesten Auswirkungen zu untersuchen. Die Konferenz betrachte jede Politik, die zu einem Auseinanderbrechen der Einheit des Deutschen Reiches führen würde, als unvereinbar mit den Vertragsverpflichtungen, die sowohl Deutschland, wie auch die Mächte eingegangen seien, und als unvereinbar mit der zukünftigen Erfüllung seiner Bestimmungen durch Deutschland. Schärfste Vorstellungen wurden demgemäß den Alliierten gegenüber erhoben.

Die Ausrufung der Pfalzrepublik unter französischem Schutze.

München, 12. Nov. Ueber die Lage in der Pfalz wird am 11. November, 12 Uhr mittags, gemeldet: Die Besatzung der Regierungsgebäude in Speyer (72 Gendarmen und Beamte) wurde von den Franzosen entwañnet und in die Kaserne gebracht. Die Separatisten hatten bei dem Angriff 2 Tote, die Gendarmen einen Verwundeten. Der Bischof von Speyer hat sich bei den Franzosen dafür eingesetzt, daß den Separatisten Einhalt geboten werde; er hatte jedoch keinen Erfolg. — Die Neustädter Separatisten wollten den Separatisten in Speyer zur Hilfe kommen. Sie wurden aber auf der Fahrt nach Speyer von Neustädter Bürgern verfolgt und zwischen Tanhofen und Harthausen mit Hilfe von Bauern und Arbeitern gestellt. Die Separatisten verloren bei dem Kampf 8 Tote, von denen sie 4 auf der Flucht mitnahmen.

Amthliche Bekanntmachungen.

Betreff: Wegsteuer.

Der Bezirksrat hat in seiner Sitzung vom 10. November 1923 beschlossen, von dem der Amtskörperschaft zustehenden Rechte der Erhebung eines Zuschlages zu der Wegsteuer (s. Art. 28 Abs. 2 Satz 1 des Gemeindesteuergesetzes vom 30. Juli 1923 R. Bl. S. 309 u. f.)

keinen Gebrauch

zu machen.

(Vergl. auch § 5 der Min. Verfg. vom 31. Okt. 1923, Staatsanz. Nr. 256).

Calw, den 12. November 1923.

Oberamt: G ö s.

Kaiserslautern, 12. Nov. Die Executive der provisorischen Regierung der sog. autonomen Pfalz fordert sämtliche Lastautomobilbesitzer auf, zur Abholung der der Regierung zur Verfügung zu stellenden Lebensmittel auf dem Lande ihre Lastkraftwagen mit Führer jeweils für einen Tag kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Speyer, 12. Nov. Die provisorische Regierung der Pfalz hat eine Proklamation erlassen, in der mitgeteilt wird, daß am 5. November in Kaiserslautern, Neustadt, Landau, Kirchheimbolanden, Bergzabern, Herzheim, Gernersheim und Hochspeyer, sowie in zahlreichen Landgemeinden von der Regierung der autonomen Pfalz die Pfalzrepublik im Verband mit der rheinischen Republik ausgerufen worden sei. Die neue Regierung habe in den Regierungsgebäuden zu Speyer und Kaiserslautern ihren Sitz. Um Mißverständnisse und Zwischenfälle, die die öffentliche Ordnung und Sicherheit stören könnten, zu vermeiden, wird angeordnet, daß die Einsetzung der neuen Regierung und ihrer öffentlichen Gewalt in den Industriestädten Frankenthal, Kusel, Ludwigshafen und Zweibrücken erst nach einigen Tagen vollzogen werden kann, wenn die mit den Vertretern der Bevölkerung dieser Städte aufgenommenen Verhandlungen beendet seien.

Zur auswärtigen Lage.

Die Schweiz besteht auf schiedsgerichtlicher Entscheidung.

Bern, 13. Nov. Auf Weisung des Bundesrats hat der schweizerische Gesandte in Paris eine Note überreicht, in der er im Namen des schweizerischen Volkes erneut feierlichst Verwahrung gegen die Errichtung des Zollgürtels einlegt, jedoch seine Bereitschaft erklärt, die Einrichtung des Zonenregimes den heutigen Verhältnissen anzupassen. Er könne sich aus freien Stücken nicht dazu verstehen, an die Stelle der Zonenordnung eine andere Rechtsordnung treten zu lassen, die, wenn sie auch gewisse Vorteile biete, doch wesentliche Nachteile habe. Vor allem lege der Bundesrat als treuer Dolmetscher des schweizerischen Volkes Wert darauf, daß der zwischen Frankreich und der Schweiz entstandene Streit in den Formen des Rechts ausgetragen werde. Er zweifle somit nicht, daß die französische Regierung ohne Vorbehalte den Weg eines Schiedsverfahrens beschreiten werde. Er gebe dem Schiedsgericht im Haag den Vorzug.

Deutschland.

Verzögerung der Ausgabe wertbeständigen Zahlungsmittel infolge des Berliner Buchdruckerstreiks.

Berlin, 13. Nov. Durch den Buchdruckerstreik erfährt die Herstellung wertbeständiger Zahlungsmittel eine nicht unerhebliche Beeinträchtigung. Ein gleichmäßiges Vorgehen der privaten und öffentlich-rechtlichen Arbeitgeber bei der Einführung dieser Zahlungsmittel bei den Lohnzahlungen ist infolgedessen in Frage gestellt. Bei der heutigen Lohnzahlung des Reiches mit wertbeständigen Zahlungsmitteln wird vielfach nicht in der vorgesehenen Höhe gezahlt werden können. Auch bei den folgenden Zahlungen des Reichs, der Länder und der Gemeinden in wertbeständigem Geld an Angestellte und Arbeiter werden wohl noch Unregelmäßigkeiten in der Zahlung oder Verteilung in Kauf genommen werden müssen. Auch die Erwerbslosenunterstützungen, sowie die Sozialrenten müssen infolge des durch den Streik herbeigeführten Mangels an den erforderlichen kleinen Stückelungen vorläufig noch in Papiermark gezahlt werden.

Die Berliner Presse infolge des Buchdruckerstreiks stillgelegt.

Berlin, 13. Nov. Infolge des Berliner Buchdruckerstreiks ist heute morgen nur der „Vorwärts“ erschienen.

Eine Brotstütkungsaktion für die großen Städte.

Berlin, 12. Nov. Das Reichsernährungsministerium und die Reichsgetreidestelle haben laut „Vorwärts“ weitere Maßnahmen in Aussicht genommen, um eine Sicherung der Brotversorgung zu erreichen. Gestern fanden Besprechungen statt, in denen vorgeschlagen wurde, die Brotstütkungsaktion auf alle Städte über 100 000 Einwohner auszudehnen. Die Verhandlungen werden heute unter Hinzuziehung von Vertretern des Mehlgroßhandels, der Landwirtschaft und des Bäckergewerbes weitergeführt.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 13. November 1923.

Die Handelskammer Calw zur Warenberechnung und zum Postschalterluß.

Von der Handelskammer Calw wird uns geschrieben: Vor einigen Tagen erschien eine neue Verordnung des Reichspräsidenten, nach der jeder Verkäufer einer Ware verpflichtet ist, auch entgegen anderweitiger Vereinbarung den Kaufpreis für eine in fremdem Geld gekaufte Ware in Papiermark zum amtlichen Berliner Kurs anzunehmen. Der Verkäufer darf hiernach weder Zahlung in effektiven Devisen noch Umrechnung in Papiermark nach einem andern als dem amtlichen Berliner Kurs verlangen. Die Tragweite dieser Bestimmung ist eine ganz ungeheure, insofern als der amtliche Berliner Kurs künstlich niedrig gehalten ist und dem wahren inneren Wert der deutschen Mark keineswegs entspricht. Die Folge der Bestimmung ist also, daß der Verkäufer, der mit dem Berliner Kurs bezahlt wird, insbesondere wenn er seine Waren wieder vom Ausland beschaffen muß, nur einen Bruchteil des inneren Werts der Ware bezahlt erhält und wohl oder übel gezwungen wird, überhaupt nichts mehr zu verkaufen, wenn er sich nicht selber ruinieren will. Die Handelskammer hat gegen diese Verordnung beim Reichskanzler scharfen Protest erhoben und die sofortige Aufhebung verlangt. — Desgleichen ist die Kammer dieser Tage beim Reichspostminister gegen den 5 Uhr-Schalterluß wiederholt vorstellig geworden. Die Gründe, die die Oberpostdirektion Stuttgart für den 5 Uhr-Schalterluß auch in der Presse ins Feld geführt hat, erscheinen keineswegs stichhaltig zur Begründung eines Zustandes, der eine erhebliche Belästigung für den ganzen Verkehr bedeutet. Jedenfalls bei uns auf dem Lande kann man von einer so schweren Ueberlastung der Post nicht reden, wie die Oberpostdirektion glaubhaft machen will. Gerade heute, wo das Geld von einem Tag zum andern zu einem Nichts zusammenschrumpft, sollte die Post alles daransetzen, um das vornehmste und bestarbeitende Instrument zur Erledigung des Geldverkehrs für Handel, Industrie und Privatpublikum zu bleiben. Während wir diese Zeilen niederschreiben, wird uns mitgeteilt, daß ab 12. Nov. die Schalter nicht mehr um 5, sondern um 4 Uhr geschlossen werden sollen. Wer nach 4 Uhr noch Postanweisungen, Zahlkarten und dergl. aufleiert, wird mit einer sog. Spätklingsgebühr der 10fachen Wertes der Gebühr angesehen! Da heute auch die Post nicht mehr weit von der Goldrechnung entfernt ist, mag sich jeder selber die Höhe dieser Gebühr errechnen. Die Handelskammer wird sich gegen diese gerade in unseren Tagen doppelt unangebrachte Maßnahme aufs energischste zur Wehr setzen und darauf hinweisen, daß ein solches Vorgehen nur geeignet ist, das Publikum in weiten Kreisen noch mehr zu verärgern und das Vertrauen zur Reichspost schwinden zu machen. Es muß dabei gesagt werden, daß die württembergische Post das Publikum niemals dergestalt behandelt hätte. Nicht Abbau in der Arbeitsleistung kann uns helfen, sondern einzig und allein Anspannung der Kräfte des Einzelnen bis zum Außersten im Hinblick auf das große Ganze!

Verpflichtung zur Annahme von Papiermark.

Die Reichsverordnung vom 7. November hat in § 1 die Verpflichtung geschaffen, Waren jeder Art, nicht nur Gegenstände des täglichen Bedarfs, gegen Entrichtung des Preises in Papiermark abzugeben. Der Abschluß und die Erfüllung von Verträgen über die Lieferung von Waren oder die Bewirkung von Leistungen darf nicht deshalb verweigert werden, weil die Zahlung in Reichsmark erfolgt. Dies gilt für Landwirtschaft, Industrie, Groß- und Kleinhandel und für Waren aller Art. Geschäfte, die hiegegen verstoßen, sind nichtig. Außerdem sind Zuwiderhandlungen mit schweren Strafen bedroht. Eine Ausnahme gilt nur für Geschäfte, bei denen nach § 3 der Ausführungsbestimmungen zur Valutafestsetzungsverordnung Zahlung in ausländischer Währung gefordert werden darf. Im Kleinhandelsverkehr ist die Preisstellung in ausländischer Währung nunmehr allgemein verboten. Es ist jetzt nur noch Preisstellung in Papiermark oder in Goldmark zulässig. Für die Goldmarkrechnung bei Gegenständen des täglichen Bedarfs gilt bis auf weiteres noch die Bekanntmachung des Arbeits- und Ernährungsministeriums über Kleinhandelspreise vom 4. Oktober und 2. November 1923. Hiernach ist für die Umrechnung der Goldmark ein Multiplikator maßgebend, der dem letzten amtlichen Dollarkurs der Berliner Börse entspricht. Eine Anpassung des Multiplikators an die letzte Kursänderung ist jeweils von nachmittags 3 Uhr ab zulässig. Die Gewährung von Rabatten bei Bezahlung in wertbeständigen

ern fanden Be-
urde, die Brot-
100 Einwohner
heute unter
Handels, der
tergeführt.
nd.
ember 1923.
nberechnung
s.
ns geschrieben:
erordnung des
r einer Ware
Vereinbarung
gekaufte Ware
anzunehmen,
in effektiven
einem an-
erlangen. Die
ungeheure, in-
ich niedrig ge-
r deutschen
Bestimmung
Berliner Kurs
Waren wieder
Bruchteil des
nd wohl oder
zu verkaufen,
Handelstam-
stanzler schar-
ung verlangt.
beim Reichs-
wiederholt
erpostdirektion
in der Presse
stichhaltig zur
blische Belästi-
nfalls bei uns
eren Ueberla-
erpostdirektion
das Geld von
menschrumpft,
ornehmste und
des Geldver-
titum zu blei-
ben, wird uns
st mehr um
en Wer nach
d dergl. auf-
der 10fachen
auch die Post
ernt ist, mag
rechnen. Die
e in unseren
s energischste
ein solches
weiten Krei-
en zur Reichs-
esagt werden,
niemals der-
beitsleistung
Anspannung
im Hinblick
pfermark.
at in § 1 die
ur Gegenstände
sches in Papier-
von Verträgen
von Leistungen
ung in Reichs-
industrie, Groß-
e, die hiegegen
andlungen mit
für Geschäfte,
n zur Valuta-
Währung ge-
e Preisstellung
rboten. Es ist
in Goldmark
nden des täg-
kannmachung
Kleinhandels-
Hienach ist für
or maßgebend,
Berliner Börse
an die letzte
r ab zulässig.
wertbeständigen

Zahlungsmitteln ist in der Verfügung des Militärbefehlshabers vom 7. November als unzulässig bezeichnet und wird seitens der Polizeibehörden verfolgt.

Landesammlung für Heimatnothilfe.

Auf Grund des vom Militärbefehlshaber, General Reinhardt und der württ. Staatsregierung erlassenen Auftrufs sind der Zentralkomitee für Wohltätigkeit größere Geldsummen von Seiten der Industrie und des Handels zugesichert oder schon überwiesen worden. Die Vereinigung württ. Arbeitgeberverbände hat ihre Mitglieder ersucht, für jede im Oktober geleistete Arbeitsstunde einen halben Goldpfennig an das Hilfswerk abzuliefern. Dementsprechend hat die Firma Bosh 10000 Goldmark gespendet, eine Feuerbacher Firma 300 Goldmark, eine Eßlinger Firma 80 Goldmark. Von einem anderen Arbeitgeber sind 170 Dollars eingegangen. Die Vereinigung württ. Banken und Bankiers hat 2500 Dollars gestiftet. Fünf große Betriebe der Nahrungsmittelindustrie, nämlich Otto Krumm-Blüderhausen, Chr. Knorr-Heilbronn, Kaiser Otto-Heilbronn, Schüle-Hohenlohe, Gebr. Birkel-Endersbach stellen 200 Zentner Feigwaren zur Verfügung. Die Vertretungen der Landwirtschaft haben zugesagt, die von der Zentralkomitee für Wohltätigkeit eingeleitete Lebensmittelaktion nachdrücklich zu unterstützen und an ihre Mitglieder mit einer eindringlichen Aufforderung heranzutreten. Ansehnliche Spenden an Kartoffeln, Mehl und sonstigen Lebensmitteln gingen ein von den Gemeinden Hausen, Schwaigern und Ochsenburg N. Brackenheim. Ferner sind in Hemmingen N. Leonberg für die Heimatnothilfe Stuttgart auf Veranlassung von Freisrau von Barnbühler und von Landwirt Gontner wertvolle Lebensmittel ersammelt worden. Auch sonstige schöne Gaben zeugen davon, daß der Opfergeist in unserem württ. Volk noch nicht ausgestorben ist und daß der Aufruf des Militärbefehlshabers und der Staatsregierung nicht vergeblich war. Mögen die angeführten Beispiele bald recht viel Nachahmung finden, so daß das eingeleitete Hilfswerk sein Ziel, unseren Notleidenden über die schlimmsten Wochen hinwegzuhelfen, voll und ganz erreicht. Weitere Gaben nehmen entgegen die Zentralkomitee für Wohltätigkeit in Stuttgart, Falkenstr. 29 (Postsparkonto 2825) und außerhalb Stuttgarts die Bezirkswohltätigkeitsvereine.

Höhere Schulen und Hilfspolizei.

(SCB.) Stuttgart, 12. Nov. Auf die Kleine Anfrage des Abg. Göhring hat der Kultminister im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern folgendes geantwortet: „Dem Ministerium des Kirchen- und Schulwesens ist erst nachträglich durch die Berichte der Rektorate und der Ministerialabteilung für die höheren Schulen bekannt geworden, daß eine Anzahl von Lehrern und Schülern höherer Lehranstalten in der letzten Zeit in die Hilfspolizei eingetreten sind. Der Eintritt von Lehrern ist für die Schulverwaltung unerwünscht. Ich habe aber, nachdem der Eintritt einmal erfolgt war, gegen den Verbleib der Lehrer bei der Hilfspolizei unter der Voraussetzung nichts eingewandt, daß der Unterricht ordnungsmäßig und ohne Entstehung von Stellvertretungskosten für die Unterrichtsverwaltung aufrecht erhalten wird. Noch unerwünschter ist für die Schulverwaltung der Eintritt von Schülern. Ich bin der Ansicht, daß Schüler nur im allerdringenden Notfall einberufen werden sollten, und schon mit Rücksicht auf ihre Jugend nur zu einer Dienstleistung

ohne Waffe. Der Beitritt bedarf in künftigen Fällen der vorherigen Genehmigung des Ministeriums. Im vorliegenden Falle hat das Ministerium nach Maßgabe der Verhältnisse eine möglichst rasche Entlassung der in der Hilfspolizei eingetretenen Schüler angestrebt. Ein Teil wurde sofort entlassen, für den anderen Teil wurde die Entlassung bis spätestens 3. Nov. ds. Js. vereinbart.“

(SCB.) Ludwigsburg, 12. Nov. Vom Standortältesten erhält die „Ludwigsburger Zeitung“ folgende Mitteilung: Anlässlich der Nachübung eines Ludwigsburger Truppenteils stand ein Fahrzeug mit einem Fahrer an der Südoßtecke des Bietigheimer Forstes. Um 10.30 Uhr abends rückte eine etwa 80—100 Mann starke Abteilung bewaffneter Männer geschlossen heran und hielt vor dem Fahrzeug auf das Kommando „Abteilung Halt! Links um!“ Der Fahrer sah sich sofort von 6—8 Leuten der Abteilung umringt, die ihm mit dem Ruf „Hände hoch!“ ihre Pistolen auf die Brust setzten. Der Fahrer wurde entwaffnet, mit Erschießen, Erstechen u. a. bedroht und mit wüsten Beschimpfungen und groben Beleidigungen bedroht. Einer setzte ihm sein griffestes Messer auf die Brust, ein anderer, der sich die Pistole des Führers angeeignet hatte, gab aus ihr über das Handpferd weg einen Schuß ab, der dicht am Kopf des Fahrers vorbeiging. Das Fahrzeug mit Fahrer wurde von der Abteilung nach Bietigheim und dort nachts an die Polizei abgegeben. Die Pistole, die einzige Schusswaffe, die der Fahrer bei sich hatte, wurde von einem Angehörigen der Abteilung zunächst behalten und konnte erst später wieder beigebracht werden. So hat sich der Vorgang abgespielt, über den falsch berichtet wurde.

(SCB.) Heidenheim, 12. Nov. Die Erwerbslosen haben durch eine Kommission folgende Forderungen bei der Stadtverwaltung vorgelegt: Ausbezahlung der Unterstützung in wertbeständigem Geld und zwar mindestens 70 Prozent vom Friedenslohn eines Fabrikarbeiters der Metallindustrie; bis zur Durchführung der Forderung und bis zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit soll die Stadt billigeres Brot, 2 Pfund Schmalz, 5 Pfd. Mehl und 2 Ztr. Kohlen verabreichen. Das Hauptaugenmerk der Stadtverwaltung ist auf die Schaffung von Arbeitsgelegenheit gerichtet. Sie wird für den Straßenbau Heidenheim—Nattenheim beim Staat vorstellig werden. Bei der Kartoffelversorgung und Brotverbilligung werden die Erwerbslosen von der Stadt berücksichtigt werden. Auch wird eine größere Anzahl Erwerbsloser Beschäftigung finden bei den Wohnungsbauten der Firma Boith und der Stadt.

(SCB.) Heilbronn, 12. Nov. Der Heilbronner Sturmtruppführer der Nationalsozialisten, Reiner (Sohn des Gemeinderats), wollte im Laufe der Nacht zum Samstag mit seinen Getreuen durchs Weinsbergtal in der Richtung zur bayrischen Grenze. Das ist verhindert worden. Er wurde in Schutzhaft genommen.

(SCB.) Ravensburg, 12. Nov. Nachts wurde hier vor dem Kaiserhof ein junger Kaufmann, der hier in Arbeit steht, von zwei Unbekannten überfallen und mit dem Messer gestochen. Der Grund ist unbekannt.

(SCB.) Meßkirch, 12. Nov. Kaufmann Richard Rieger, den die Verhältnisse schon seit einiger Zeit schwermütig gemacht haben, stürzte sich aus dem dritten Stock in den Hof und erlag kurz darauf den Verletzungen.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Berliner Briefkurse.

| | |
|---------------------------------|---------------------|
| 1 Dollar | 631 575 000 000 Mf. |
| 1 Goldmark | 150 375 000 000 Mf. |
| 1 Schweizer Franken | 112 280 000 000 Mf. |
| 1 französischer Franken | 36 090 000 000 Mf. |
| 1 holländischer Gulden | 244 610 000 000 Mf. |
| Reichsindex für Lebenshaltung | 98 500 000 000 Mf. |
| Geldumrechnungssatz für Steuern | 150 000 000 000 Mf. |

1 Silbermark = 150 Milliarden Papiermark.

Der Anlauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbank erfolgt vom 12. ds. Mts. ab bis auf weiteres zum 150 milliardenfachen Betrag des Nennwertes.

Landesproduktbörse.

(SCB.) Stuttgart, 12. Nov. Der Mangel an wertbeständigen Zahlungsmitteln läßt am Getreidemarkt kein rechtes Geschäft aufkommen. Die Stimmung an der heutigen Landesproduktbörse war behauptet, Abschlüsse kamen aber kaum zustande, weshalb auch keine Preisnotierungen erfolgen konnten.

Märkte.

Der Markt in Güglingen war besetzt mit 105 Milchschweinen und 20 Läufern. Verkauft wurden 85 Milchschweine, das Paar zu 2 bis 3 Billionen Mark, 10 Läufer das Paar zu 5 bis 7 Billionen Mark. — In M u h d e r k i n g e n waren 4 Mutter- und 314 Milchschweine zugeführt. Verkauft wurden 280 Milchschweine. Preis per Stück 800 Milliarden bis 1 Billion. — Dem Schweinemarkt in R o t w e i l waren 175 Milchschweine zugeführt. Bezahlt wurden 1½—3 Billionen. Der Handel war flau. Ein größerer Teil blieb unverkauft.

(SCB.) Reutlingen, 12. Nov. Auf der letzten Schranne wurden verkauft: 25,59 Ztr. Weizen, 45,66 Ztr. Gerste, 84,21 Ztr. Haber, 1 Ztr. Dinkel, 5,74 Ztr. Alber Dinkel und 2 Ztr. Roggen. Preise per Ztr. in Billionen: Weizen 1,7—2,6, Gerste 1,2—1,6, Haber 0,9—1,5, Unterl. Dinkel 1,5, Alber Dinkel 1,4—1,8, Roggen 1,4.

(SCB.) Ravensburg, 12. Nov. Bei schwacher Zufuhr wurden auf der letzten Schranne nachstehende Preise, umgerechnet in Papiermark, weil in Goldmark gehandelt, gezahlt: Weizen 3,450 bis 4,350 Billionen, Dinkel 2,850—3,150, Roggen 3—3,150, Gerste 2,400—3,100, Haber 1,800—2,400 Billionen Mark. Die Stimmung war fest, die Preise steigend.

Die offiziellen Reichshandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Wägen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschastlichen Zuschläge in Betracht kommen. D. Scheffel.

Für die Schmelzung verantwortlich: Otto Seitzmann, Calw. Druck und Verlag der K. Volkshochschule Calw.

Das Auge des Buddha.

Roman von Friedrich Jacobsen.

Das Verhältnis zwischen diesen beiden schönen Menschen war von Anbeginn ab sonderlich gewesen. In allen Künstlerkreisen — und die vom geharkten Sande zählen sich mit Recht dazu — herrscht naturgemäß eine Kameradschaft, die auch in Neuzerlichkeiten ihren Ausdruck findet. Sie nennen sich vielfach mit Vornamen, das „Du“ schleicht sich leichter als anderswo ein — von Liebe braucht darum noch nicht die Rede zu sein.

Aber als Luis Sanchez unvermittelt die Anrede änderte, stußte Judica einen Moment, dann kauerte sie sich auf einen in der Nähe stehenden Schemel nieder und blickte zu dem stattlichen Mann empor.

„Ich glaube, du liebst mich, Luis.“

„Wie toll!“ sagte er zwischen den Zähnen.

„Natürlich — eine Tollheit ist immer dabei. Wie denkst du dir das denn?“

Er blickte sich um und dämpfte die Stimme.

„Du weißt ebenfogut wie ich, Judica, daß es hier allmählich zu Ende geht. Heute früh hat Mister Stevens sich gedrückt — das war die erste Katze, die anderen folgen nach. Mit diesen paar Viechern ist auch kein Staat zu machen, ich habe nicht länger Lust, meine Kraft dabei zu vergeuden. Aber ein Kerl wie ich kommt überall an, und wenn wir uns heiraten —“

„Ja“, sagte sie nachdenklich, „wenn —“

„Ich meine es ehrlich, Judica. Außerdem könnten wir so prächtig zusammenarbeiten, denn was ich vorhin gesehen habe — du bist ja die geborene Dompteuse —“

„Also ein Geschäft!“

Als er nicht gleich antwortete, umfaßte sie die emporgezogenen Knie mit den Händen und begann den schlanken Oberkörper hin- und herzuwiegen.

„Also nun laß mich mal aussprechen, Luis. Wir vom Zirkus sind alle fürs Geschäft; wir leben nicht nur davon, sondern gehen auch darin auf, und wenn es damit aus ist, so sterben wir. Es kommt auch oft genug vor, daß unser-eins das Fach wechselt; bald wünscht es der Direktor, bald wollen es die Umstände — wir sind in allen Sätteln zu Haus. Dompteuse? Hm, warum nicht? Mut habe ich genug, bei dem Nehmen einer Hürde riskiert man auch den Hals — aber ich habe nicht Mut genug, deine Frau zu werden.“

„Warum nicht?“ fragte er schnell.

„Weil du mich schlagen würdest.“

„Ich — dich, Judica?“

„Ja, eines Tages würdest du mich schlagen. Natürlich nicht gleich, aber wenn das erste Feuer ausgebrannt ist. Du könntest gar nicht anders, Luis, denn es liegt in deiner Natur, du bist roh. Ich mache dir keinen Vorwurf daraus, um mit deinen Bestien fertig zu werden — wenn sie dich ansauen, mußt du die Peitsche gebrauchen, oder du wirst zerrissen. Ich bin auch kein Lamm, Luis, ich würde dich auch mal ansauen, und dann käme die Peitsche.“

„Nein!“ sagte er heftig.

„O ja, doch. Oder würdest du imstande sein, aus Liebe zu mir deinen Beruf aufzugeben?“

„Nein!“

„Siehst du wohl, da haben wir schon die Probe; von mir forderst du, daß ich aus dem Sattel in den Käfig gehe, aber du selbst willst deiner Leidenschaft kein Opfer bringen; denn glaub mir, Luis, es ist nichts als ein Auflodern der Sinne — ich bin ja schön genug dazu, und ihr Spanier habt eine feine Bitterung für das Weibliche.“

„Du liebst einen anderen,“ knurrte er zwischen den Zähnen, und das junge Weib zuckte die feinen Schultern.

„Wer sollte das sein, mein Freund? Etwas einer von den Logenaffen, die mit ihren Operngläsern meinen Kör-

per durchröntgen? Oder Zwan, unser Herkules? Es gibt Weiber, die sich an Muskelwülsten berauschen, aber ich gehöre nicht zu dieser Meßgerjorte. Ich liebe meine Schimmelstute Fatme und allenfalls Sulamith, die große Katze — im Uebrigen werde ich mein Herz behüten.“

„Bis der Rechte kommt, Judica.“

„Es wäre schön,“ sagte sie nachdenklich; „es wäre wie ein Märchen. Oder nein, ich will das lieber nicht wünschen, denn wenn der Rechte kommt, dann will er mich nicht, weil ich auf der Steppe geboren bin und der Menge zur Augenweide diene. Sollte ich wirklich mal heiraten, dann ist es ein spleeniger Engländer oder ein russischer Barbar —“

Sie stand auf und reichte dem Bändiger die Hand.

Gräme dich nicht zu sehr, Luis, du hast schöne Augen, und sie sind ein Kapital — es wäre schade darum, wenn ich sie dir in Notwehr austragen müßte. Im übrigen wollen wir gute Freunde bleiben, und die Sulamith kannst du mir überlassen; zahme Dressur ist besser als blutige, du kommst auch noch eines Tages zu der Erkenntnis.“

„Und dann, Judica?“ fragte er mit einem letzten Hoffnungsschimmer.

„Dann habe ich längst den Hals gebrochen —“

Er sah ihr nach, wie sie mit federnden Schritten hinausging, für ihn, den Berehrer ihrer geschmeidigen Kraft, war es ein Anblick, der fast körperlichen Schmerz auslöste und dann wendete er sich zu der Löwin, die sofort zu häkeln begann, als er an das Gitter des Käfigs trat.

„Nimm dich in acht,“ sagte er, „du weißt noch nicht, was Eifersucht ist. Vielleicht schlag ich dich eines Tages tot, es ist noch nicht ganz sicher, aber eins ist gewiß, wenn du in einer Männerhaut steckst und zwei Beine hättest: ich zöge dir das Fell über die Ohren, so wahr ich Luis Sanchez heiße!“ —

(Fortsetzung folgt.)

Stadtgemeinde Calw.
 Zu dem am nächsten Mittwoch, den 14. November 1923, stattfindenden
Pferde-, Vieh- und Schweine-Markt
 ergeht Einladung.
 Calw, den 12. November 1923.
 Stadtschultheißenamt: Göhner.

Stadtgemeinde Calw.
Bergebung von Glaserarbeiten.
 Für den hiesigen Schulhausneubau sind auf diesem Wege die **gesamten Glaserarbeiten** zu vergeben.
 Zeichnungen und Unterlagen liegen auf dem Stadtbauamt zur Einsicht auf.
 Angebote sind bis spätestens 19. ds. Mts., nachmittags 6 Uhr, dajelbst einzureichen.
 Stadtbauamt: Schötle.

Stadtgemeinde Calw.
 Gewerbetreibende, die **Rechnungen an die Stadt** zu stellen haben, werden ersucht, solche in Anbetracht der Geldentwertung jeweils sofort nach Leistung oder Lieferung bei den städtischen Kassen **einzureichen.**
 Calw, den 12. November 1923.
 Stadtschultheißenamt: Göhner.

Hirsau.
Die Gemeinde-Winter-Schafweide
 wird am Donnerstag, den 15. November, nachmittags 3 Uhr (Rathaus) im öffentlichen Ausschreibungsverfahren verpachtet. Gemeinderat.

Zwerenberg.
 Am Donnerstag, den 15. November, nachmittags 5 Uhr, verkauft die Gemeinde **20-25 Festm. Langholz** Der Gemeinderat.
 auf dem Rathaus.

Die infolge der außerordentlichen Markoverschlechterung erfolgte Strompreiserhöhung hat zu zahlreichen Protestversammlungen und zum Teil unerhörten Angriffen gegen den Verband und seine Verwaltung geführt. Auch persönliche Anrempelungen sind keine Seltenheit. Daß auch Verbandsvertreter in dieser Weise mitgewirkt haben, ist eine bedauerliche Erscheinung, die sich nur nachteilig für den Verband auswirken kann. Wie liegen eigentlich die Dinge? Der Verwaltungsrat hat in seiner Sitzung vom 31. Oktober ds. Js. auf Grund des Dollarstandes vom 26. Oktober ds. Js. die Strompreise auf 6 bzw. 4,5 Milliarden festgesetzt, den folgenden Tag erging das Ausschreiben an die Gemeinden und Bezirksamtsblätter, ist aber durch verspätete Postbestellung erst am 3. ds. Mts. bekannt geworden. Vom 31. v. Mts. bis Samstag, den 3. ds. Mts. ist jedoch ein solcher Marktturz eingetreten, daß die Verwaltung am Montag früh eiligst den vierfachen Betrag ausschreiben mußte, da mit dem ursprünglichen Strompreis in keiner Weise mehr auszukommen war. Tatsächlich hätte der 7-8 fache Betrag festgesetzt werden müssen, die Verwaltung wollte und mußte jedoch auf die wirtschaftliche Lage der Abnehmer Rücksicht nehmen. Da bis heute ein großer Teil der Abnehmer die Bezahlung des erhöhten Strompreises verweigert hat, die Markentwertung jedoch weitere Fortschritte macht, ist auch das erhöhte Stromgeld beim Eingang völlig entwertet und nur noch zu einem geringen Bruchteil kaufkräftig. Es reicht kaum mehr zu den Löhnen und Gehältern, viel weniger zu den notwendigen Betriebsmaterialien. Jedenfalls ist der Verband in diesem Monat nicht in der Lage, Kohlen zu kaufen, es sei denn, daß er seine letzten Reserven hiezu verwendet. Es ist vielfach die Ansicht verbreitet, daß 3 St. genügend Wasser zur Stromversorgung vorhanden sei; diese Ansicht ist eine irrige, das Werk erzeugt heute nur ein Drittel seines Bedarfs mit Wasser, der übrige Bedarf wird mit Kohlen- bzw. Fremdstrom gedeckt. Die reinen Stromerzeugungskosten sind jedoch nicht die Hauptsache. Es wird jedermann wissen, daß der Gemeindeverband Elektrizitätswerk Teinach Station ein wirtschaftlich sehr ungünstiges Gebiet umfaßt. Die kleinen Gemeinden überwiegen ganz bedeutend, größere Gemeinden sind nur wenig angeschlossen, die Oberamtsstädte fehlen ganz. Dagegen hat der Verband im Verhältnis zu seinem Anschlußwert ungewöhnlich große Netze zu unterhalten, wozu ganz gewaltige Mittel erforderlich sind. Dieser Aufwand steht in einem starken Mißverhältnis zur erzeugten Energiemenge, es ist aber Erfahrungssache, daß je größer der Verbrauch desto günstiger die Rentabilität eines Werkes ist.
 Jeder Landwirt, jeder Handwerksmann, jeder Kaufmann läßt sich heute seine Ware und Arbeit zum Tages-

kurs bezahlen, gleichgültig, wann die Lieferung stattgefunden hat. Dieser Standpunkt ist ganz richtig, er müßte also auch folgerichtig bei den Elektrizitätswerken zur Anwendung kommen. Das ist jedoch nicht der Fall, von den Elektrizitätswerken verlangt man Lieferung zu Preisen, die zu ihrem Ruin führen müssen und tatsächlich sind dieselben nicht mehr weit davon entfernt. Wir möchten unsere Abnehmer dringlich bitten, unserer Lage und namentlich den bestehenden trostlosen Wirtschaftsverhältnissen etwas mehr Verständnis entgegenzubringen, denn nicht die Werke sind an den heutigen Zuständen schuld, sondern alles Ungemach ist zurückzuführen auf den unerhörten Druck von außen und den verfallenen Vertrag, mit welchen Faktoren eben heute jeder Volksgenosse zu rechnen hat. Zu sagen ist noch, daß hauptsächlich diejenigen Gemeinden und das sind die Waldgemeinden, am schärfsten gegen die erhöhten Strompreise protestieren, die ohne tragfähigere Schultern niemals mit elektrischer Energie hätten versorgt werden können.

Herr Th. Körner jr. scheint sich neuerdings sehr lieblich um die Elektrizitätswerke anzunehmen. In einem Artikel in der Schwäbischen Tageszeitung vom 9. ds. Mts. mit der Ueberschrift „Elektrizitätsschweineerei“ drischt er auf die Elektrizitätswerke und ihre Leiter los, daß es nur so eine Art hat. Wenn wir heute auch eine etwas kräftige Kost gewöhnt sind, so geht hier die Sprache des Herrn Körner doch über das Bohnenlied. Um es vorweg zu sagen: Herr Körner versteht offenbar von der Elektrizitätswirtschaft nicht sehr viel. Wenn er seinen Freunden den Rat gibt, sich die Stromrechnung stunden zu lassen und vorerst überhaupt nichts zu bezahlen, so kann er nur den vollen Ruin der Elektrizitätswerke wollen, was er ja auch ganz offen zugibt. Dieser Gedanke ist nichts anderes als Sabotage schlimmster Sorte und eine Verhöhnung am Volksganzen, das nur tief bedauert werden kann. Was mühenvoll aufgebaut worden ist, will Herr Körner jr. zerstören, bloß weil es ihm in seinen Kram paßt. Wir haben jedoch noch so viel Vertrauen zu dem gesunden Sinn unserer Bevölkerung, daß sie sich die Auffassung des Herrn Körner nicht zu eigen macht, denn in erster Linie hätten die Abnehmer und namentlich die Landwirte den größten Schaden; die Elektrizitätswerke sind nicht Selbstzweck sondern zu Nutz und Frommen der Bevölkerung erbaut und im wahrsten Sinne Gemeingut derselben geworden. Ueber die persönliche Note des Artikels können wir hinweggehen und wollen nur sagen, daß die „dickfelligen Generaldirektoren“, wie Herr Körner die Werksleiter zu nennen beliebt, heute etwas mehr Verantwortungs- und Pflichtgefühl aufbringen müssen, als er selbst; sie sind bloß Brellbock für Lieferanten, Werkspersonal und Stromkonsumenten.

Zum Schluß möchten wir noch bemerken, daß nach unserer Kenntnis sich Herr Körner seine geistigen Produkte sehr wertbeständig bezahlen läßt, er müßte also, wenn er in sich gehen würde, sich das Sprichwort zu eigen machen „leben und leben lassen“ und das den Elektrizitätswerken zubilligen, was sie unbedingt haben müssen, also für ihre Leistung eine gleichwertige Gegenleistung.

Gemeindeverband-Elektrizitätswerk Teinach-Station (G.E.T.).

DIE KURSE

der Börsen von Stuttgart, Berlin, Frankfurt, München und Augsburg, ebenso auch

DIE DEVISEN

der maßgebenden Plätze bringt neben ausführlichen Berichten und Notizen über

DIE MÄRKTE

und Informationen aus der Wirtschaft und über jede weitere Ausbaumöglichkeit für

DEN ABSATZ

regelmäßig in seiner reichhaltigen, zeitgemäß erweiterten Handelszeitung der 15g-lich nach Schluß der Börsen erscheinende

SCHWABISCHE MERKUR
 STUTTGART

Klavier- und Harmoniumstimmer kommt nach Calw und Umgegend. Aufträge für denselben wolle man auf der Geschäftsstelle des Blattes oder bei uns selbst niederlegen.
Willy Sattler, Pforzheim,
 Gellertstraße 18. Fernsprecher 1210 und 7821.

Ostertag-Raffenschränke
 kurzfristig lieferbar
Georg Köbele, Nagold, Fernspr. 126.

Bezirks-Wirts-Verein Calw.

Donnerstag, den 15. November, nachm. 8.30 Uhr
Bersammlung
 bei Kollege Kirchherr-Vorstadt. Um vollständiges Erscheinen wird dring. gebeten.
 Der Vorstand.

Ehering

verloren
 vom Marktplatz bis Bahnhof, mit Gravur S. N. Sept. 1908. Abzugeben gegen gute Belohnung
 Marktplatz 46.

1 Nähmaschine und 1 Fernglas verkauft oder tauscht Calw, Inselstraße 214.

Neuen Kleiderschrank mit 2 Schubladen, verkauft oder vertauscht gegen Lebensmittel
 Schroth, Javelstein.

Billigste Preise. Prompte Bedienung. Bandsägen

in Holzuntergestell, mit Kugellagerung, für Landwirte und Kleingewerbetreibende unentbehrlich, laufend lieferbar.

Friedrich Huber, Maschinenbau, Unterreichenbach D. A. Calw. Fernspr. 17.

Mehl vertauscht gegen **Kartoffeln.**
 Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Heu tauscht gegen fettes **Schwein.**
 H. Röhm.

Attengstett.
 Tausche eine halbrichtige **Ruh** u. 5 Mon. alt **Rind** gegen eine trachtige **Kalbin.**
 Jakob Schöffler.

Calw, den 12. November 1923.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die schmerzliche Nachricht, daß meine liebe Gattin, unsere liebe Mutter u. Großmutter

Berta Hauser †
 geb. Deiser

heute Abend nach längerem schweren Leiden sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen:
Familie Karl Hauser-Harsch.
 Beerdigung: Donnerstag Nachmittag 2 Uhr

A. OELSCHLÄGER'SCHE BUCHDRUCKEREI CALW



Anfertigung von Zeitschriften, Werken, Prospekten, Katalogen usw.

Bestellen Sie das „Calwer Tagblatt“.

Fahren Sie nach Amerika



so kostet die Schiffskarte nach New York III. Klasse 102.50 Dollar; II. Klasse von 125. — Dollar aufwärts. Nach Buenos-Aires (Argentinien) III. Klasse Kammer 14 engl. Pfund, im Wohndeck 12 Pfund; ein Kind unter 1 Jahr nichts; von 1-5 Jahren ein Viertel und von 5-10 Jahren die Hälfte des Fahrpreises. Falls Ihre Verwandten die Preise bezahlen, (prepaid) und für Nordamerika Bürgschaft stellen müssen, (affidavits), so bedienen Sie sich der kostenlosen Auskunft durch die Vertretung der **Hamburg - Amerika - Linie**
 in Calw: Paul Olpp, Marktpl. 15. Fernspr. 99
 Geschäftsstunden: 9-12 und 2-5 Uhr.
 (Sonst Panoramast. abe.)

Die Preise

die Sie Ihren Lieferanten für ihre Artikel bezahlen, gestatten es denselben, Reklame für dieselben zu machen. Versäumen Sie nicht bei Abschlüssen, mit Ihren Lieferanten Vereinbarungen zu treffen, daß solche für ihre Artikel in Ihrem Bezirksblatte auch Reklame machen, es liegt dies in Ihrem und Ihrer Lieferanten Interesse. □ □ □